

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 7

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zusammenhänge

Wem nützt das eigentlich? Die sowjetisch-chinesischen Schiessereien um eine unbewohnte Insel im Ussuri sind als Politikum zu wichtig geworden, als dass man nicht das Bedürfnis hätte, sie in ein verständliches Muster einzureihen. Wer hat denn angefangen? Da natürlich jede Seite der andern die Schuld gibt und da beide Seiten in propagandistischen Lügen ihre ausgiebige Erfahrung haben, nützen einem die direkten Aussagen wenig. Und man greift zur alten Klärungsfrage: Cui bono? Wem nützt das?

Aber vielleicht ist man mit der Suggestion dieser Problemstellung schon falsch eingespart. Müssen solche Zwischenfälle tatsächlich der einen oder der andern Seite nützen, um sich zu ereignen? Wo zwei feindliche Grossmächte eine Tausende von Kilometern lange gemeinsame Grenze haben, die überdies schlecht definiert ist, wäre eigentlich eher das Ausbleiben von Zwischenfällen verwunderlich. Und tatsächlich sind sie auch seit jener Zeit nie ausgeblieben, da die Sowjetunion und China einander feindlich gegenüberstehen. Schon 1963 hatten die Sowjets den Chinesen 5000 Grenzverletzungen vorgeworfen. Nachher hat man die genaue Zählung offenbar eingestellt, aber die jüngsten sowjetischen Publikationen zum Thema China lassen klar erkennen, dass die Dinge auch nach Chruschtschews Abgang weitergingen (siehe dazu ZB Nr. 6, S. 1—3). Sie wurden übrigens in jener Periode lediglich diskreter behandelt, aber nie völlig verschwiegen. Auch von der jetzt «plötzlich» im Brennpunkt der Interessen stehenden Region war sporadisch schon die Rede

gewesen. So hatte die «Prawda» vor fast zwei Jahren, im Juli 1967, Uebergriffe der Roten Garden auf das sowjetische Ufer des Ussuri gemeldet und auch von Schüssen gegen sowjetische Grenzsoldaten gesprochen. Und die Chinesen ihrerseits hatten von 1967 bis 1969 fortlaufend sowjetische Uebergriffe auf die bewusste umstrittene Insel Tschen Pao (Damanski in sowjetischer Version) registriert.

Es ist also soweit ganz gut möglich, die jüngsten, wiederholten Gefechte am Ussuri als weitere Glieder der gewohnten Kette von Zwischenfällen zu betrachten, wobei sich aus der explosiven Situation nun einmal tatsächlich eine Explosion ergeben hätte, gewissermassen von selbst. Zeitpunkt und Ausmass der akuten Grenzkämpfe wären dann also gewissermassen akzidentell.

Aber trotz allem kommt man nicht darüber hinweg, dass die Angelegenheit am Ussuri die bisherigen Proportionen des permanenten Konflikts doch überschritten hat. Jene Tausende oder angeblich Tausende von Zwischenfällen zuvor waren uns doch zuweilen geschildert worden. Da hatte es sich beispielsweise um das neckische Spiel gehandelt, dass die Chinesen nachts in menschenleeren Grenzgebieten jeweils die Grenzsteine um ein paar Dutzend oder hundert Meter ins sowjetische Gebiet verlegten, worauf tagsüber die sowjetischen Patrouillen den Rücktransport vornahmen, und wenn man alle bewegten Grenzsteine und alle fraglichen Nächte zusammenzählt, kommt man sicher schon auf ganz schöne Zahlen. Natürlich war es

daneben auch zu direkten Konfrontationen gekommen, aber sie hatten meist den Charakter von «Beleidigungen», mündlicher zumeist. Schlimmstenfalls lagen sie etwa auf fäkalischem Gebiet, wie bei jenem Zwischenfall von Nauschki, als die Chinesen demonstrativ die sowjetischen Einrichtungen des Grenzbahnhofs beschmutzten, um die Russen ihre Verachtung riechen zu lassen.

Die jüngsten ausgewachsenen Gefechte am Ussuri sind aber eben mehr als selbst eine ganze Kette der «traditionellen» Freundlichkeiten in grenznachbarlicher Beziehung. Und die Vermutung, dass hier ein zielgerichteter Wille zur Provokation im gegebenen Augenblick vorhanden war, ist entsprechend stark. Wo wäre ein solcher bewusster Willensakt eher zu suchen: in Moskau oder Peking?

Dazu eine geographische Ueberlegung: Wenn die Sowjetunion an den Grenzen provozieren will, hat sie ihr ideales Gelände dazu einige tausend Kilometer weiter westlich auf der andern Seite der Mongolei, dort, wo die zentralasiatischen Sowjetrepubliken an Sinkiang grenzen. Die in Sinkiang lebenden Uighuren, Kasachen und andern Völker sind traditionell gegen die Chinesen und gegen jegliche Zentralgewalt aus Peking eingestellt. Hier kommt es laufend zu nationalistischen Unruhen, von hier aus fand in jüngster Zeit auch eine grosse Fluchtbewegung nach der UdSSR statt, die übrigens ihr Generalkonsulat in dieser autonomen Region Chinas schliessen musste. Hier würde ein allfälliges sowjetisches Vorgehen von

## Tito bleibt sich selber treu

Fortsetzung von Seite 3)

er Wirtschaftsreform, des Suchens nach einer neuen Rolle des BdKJ in der jugoslawischen Gesellschaft, der Reorganisation der Staatssicherheitspolizei (Udba) und des weiteren Ausbaus der sozialistischen Selbstverwaltung. Dem 9. Parteikongress fiel deshalb die Aufgabe zu, die Kontinuität der Entwicklung ab 1948 zu gewährleisten, die Wirtschaftsreform konsequent voranzutreiben, das Selbstverwaltungssystem weiter auszubauen, die Rolle der Partei unter neuen Bedingungen zu definieren sowie die Beschlüsse zu fassen, die von Parteimitgliedern diszipliniert und verbindlich verwirklicht werden müssen.

ausserpolitisch gesehen kommt dem 9. Parteikongress folgende Bedeutung zu: Der Reformkurs in Wirtschaft und Gesellschaft wird fortgesetzt. Inwieweit dieser Reformkurs eine Veränderung etwa im Sinne einer offenen Gesellschaft herbeiführen wird, bleibt offen. Eines ist sicher: Jene, die im Inland und Ausland von dem Kongress noch mehr Demokratie in Jugoslawien in der Richtung Mehrparteiensystem erwartet haben, werden vorderhand enttäuscht sein. Der BdKJ wird nicht auf sein ideelles Monopol in der jugoslawischen Gesellschaft ver-

zichten. Seine Rolle wird den heutigen Bedingungen des Selbstverwaltungssystems angepasst. Dies wird in den neuen Parteistatuten so bestätigt: «Der BdKJ ist eine revolutionäre, organisierte und führende ideologisch-politische Kraft der Arbeiterklasse und aller arbeitenden Menschen in ihrem Kampf für den Sozialismus».

Zwar legen führende jugoslawische Kommunisten diesen Grundsatz so aus, dass er unbedingt nicht die Einparteiendiktatur bedeutet. Andererseits wollen sie kein Mehrparteiensystem, weil das angeblich zum Kapitalismus führt. Was sie anstreben, ist eine Nicht-Partei-Demokratie, in welcher der Bund der Kommunisten Jugoslawiens die führende Rolle einnimmt.

Sie müssen jedoch noch einen Weg zur Verwirklichung dieser Absicht finden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass nur etwa 1,2 Millionen der 20 Millionen Jugoslawen der Partei angehören.

Der neue Parteistatutenentwurf befasst sich nicht nur mit den Rechten der einzelnen Parteimitglieder, sondern auch mit denen anderer politischer Organisationen, wie Gewerkschaften und Jugendorganisation. Hierzu äusserte sich der designierte Ministerpräsident Jugoslawiens, Mitja Ribicic. Er meinte, dass die Entwicklung zu einer «allmählichen Ueberwindung des Einparteimonopols führen werde, ohne jedoch die Gründung politi-

scher Gruppierungen ausserhalb der sich selbst verwaltenden sozialistischen Struktur der Gesellschaft zuzulassen.»

Dass solche und ähnliche Auslegungen der Rolle der Partei den sowjetischen Genossen nicht genehm sein werden, versteht sich von selbst. Das Dilemma der jugoslawischen Kommunisten, die moderne kommunistische Herrschaft zu reformieren, ohne dabei auf die führende ideologisch-politische Rolle der Partei zu verzichten, wird weiter bestehen. Hingegen wird der eigene Weg zum Sozialismus mit dem Modell der jugoslawischen sozialistischen Selbstverwaltung weiterhin ausgebaut.

Aussenpolitisch gesehen kommt dem 9. Parteikongress die Bedeutung zu, dass Jugoslawien weiterhin kein kommunistisches Führungszentrum aus Moskau anerkennt und sich noch weniger den Beschlüssen der internationalen Konferenzen unter Führung Moskaus oder Chinas unterwirft. Unabhängigkeit des Landes und der Partei bleibt weiterhin das oberste Gebot.

Damit bleibt Jugoslawien weiterhin im Mittelpunkt der Weltpolitik und ein Experimentfeld für neue sozialistische und kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsformen. Der 9. Parteikongress hat bewiesen, dass Tito, der BdKJ und Jugoslawien ihrer geschichtlichen Rolle bewusst treu bleiben wollen. ■

der Bevölkerung tatsächlich als Befreiung begrüsst. Peking weiss, dass es an dieser Flanke seines Reiches verwundbar ist, und reagiert schon seit Jahren äusserst nervös auf die angebliche sowjetische Subversion in Sinkiang, das schon als chinesisches Nuklearwaffengebiet seine enorme strategische Wichtigkeit hat. Solange nicht die systematisch betriebene Einwanderung von Chinesen eine völlige Umschichtung der Bevölkerung bewirkt hat, wäre Sinkiang das sowjetische Provokationsgebiet par excellence.

Aber dort, wo das fernöstliche Sibirien an die chinesischen Nordostprovinzen von Heilungkiang und Kirin (frühere Mandschurei) grenzt, besteht keine günstige sowjetische Ausgangslage. Hier wohnen Chinesen auf der andern Seite, die durch militärisches Auftreten der Sowjets höchstens in vermehrte Solidarität mit dem eigenen Regime getrieben werden könnten.

Wenn also die Sowjets provoziert haben, dann haben sie sicher einen ungünstigen Grenzabschnitt dazu gewählt, obwohl sie einen günstigen zur Verfügung hätten. Und das scheint mir eine Ueberlegung zu sein, die gültig bleibt, was immer man an gesamtpolitischen Interessen subsumiert, die für Moskau einen akuten Konflikt mit China als wünschbar erscheinen lassen sollen. Sogar wenn man beispielsweise annimmt, dass der Kreml einen Vorwand zur besseren Disziplinierung Osteuropas sucht (dabei haben die letzten Monate doch wohl zur Ge-

nüge gezeigt, dass er auf einen solchen Vorwand — eine sehr zweischneidige Waffe übrigens — gar nicht angewiesen ist), sieht man nicht ein, weshalb er den Ort der Provokation dort gewählt haben sollte, wo die dazu günstigen Grenzen mit China just nicht liegen. Ähnliches gilt von der Annahme, Moskau wolle einfach auf der bevorstehenden Konferenz des «Weltkommunismus» eine Verurteilung Chinas erzwingen. Dergleichen liesse sich doch, und namentlich bei den nationalistischen Bewegungen der Dritten Welt, durch eine Befreiungsbewegung der chinesisch unterdrückten Nationalitäten im Westen der Mongolei viel plausibler bewerkstelligen. Abgesehen davon sind die Einheitschancen für die Weltkonferenz seit den Ussuri-Zwischenfällen nicht besser geworden, sondern schlechter.

\*

Nein, wenn es sich überhaupt um eine gezielte Provokation zu einem bestimmten Zweck handelte, was nur wahrscheinlich, aber nicht zwingend ist, dann ist sie von Peking aus erfolgt. Was wären die chinesischen Interessen dabei? Die grundsätzlichen Gebietsansprüche Chinas gegenüber der Sowjetunion (siehe letzte Nummer) können als direktes Motiv ruhig ausser Betracht fallen. Sie sind ja schon 1954 publiziert worden, ohne dass es deswegen zu Grenzzwischenfällen gekommen wäre, die sich immer nur aus den aktuellen politischen Gegensätzen ergeben haben. Und natürlich weiss man auch in Peking ganz genau, dass in territorialer Hin-

sicht jetzt und in voraussehbarer Zukunft nichts zu holen ist.

Aber ein internes Motiv könnte eine erhebliche Rolle spielen. China braucht wahrscheinlich einen äusseren Feind, um die brüchig gewordene nationale Einigkeit wiederherstellen zu können. Zwar ist die Kulturrevolution soweit vorbei. Man hat die Roten Garden aufs Land geschickt, man hat in Ablösung der alten Behörden 19 Revolutionskomitees eingesetzt, und man hat die Armee im Sinne Maos so intensiv politisiert, dass sie zur ersten Ordnungsmacht im Lande wurde. Und jetzt bereitet man den 9. Parteikongress vor, der die neue Phase legitimieren soll. Aber wahrscheinlich trägt das Bild. Die Meldungen über anhaltende Unruhen in etlichen Provinzen sind zahlreich, wenn auch schwer überprüfbar. Und wenn die Ordnung nicht jetzt erzwungen werden kann, kann sie für die Zeit der mutmasslich kommenden Diadochenkämpfe nach Maos Abtreten erst recht nicht garantiert werden. China ist wahrscheinlich erstlich von Zentrifugalkräften bedroht. In solchen Situationen aber gilt eine äussere Bedrohung immer als nützlich. Daher die Möglichkeit, dass die chinesische Einheit nur von einer Sowjetunion gerettet werden kann, die als Feindbild hochgespielt wird. Aber weil die UdSSR nicht einfach ein imaginäres Uebel, sondern eine reale Weltmacht ist, wird sie ihre Rolle als lebensnotwendiger Popanz nicht so gottergeben spielen, wie es ihr gegenüber die westdeutschen «Revanchisten» tun. *cb*

## Unser PRESSE-Kommentar

Wie praktisch jetzt in jeder Nummer veröffentlichte die ausserpolitische Moskauer Zeitschrift «Neue Zeit» auch in ihrer Ausgabe vom 26. Februar ihren obligaten antichinesischen Beitrag. Mehrfach war hier die Rede von den subversiven Aktivitäten der chinesischen Botschaft in Bern, so etwa im folgenden Passus:

*«Uebrigens hat die chinesische Botschaft in Bern ihre frühere Bedeutung heute zu einem Grossteil eingebüsst. Im Jahre 1966 nahm die schweizerische Polizei einige französische Bürger fest, die zuvor die Vertretung der VR China in Bern aufgesucht hatten, und unterzog sie einer Leibesvisitation. Die Festgenommenen, die hohe Dollarsummen bei sich hatten, gaben zu, dass das Geld von der chinesischen Botschaft stamme und dazu bestimmt sei, in Paris und Marseille politische Ultras für Peking zu gewinnen. Früher wurde das Geld aus Bern auf die gleiche Weise zugeschanzt, damit Agenten auch in Wien, London, Manchester, Brüssel, Rom, Neapel, Mailand und anderen westeuropäischen Städten angeworben werden konnten. Zwecks Propagierung der Pekinger Ideen wurden dort Zentralen eingerichtet, die als legale Vereinigungen oder als Pressestellen getarnt sind.»*

Da gibt es gleich einiges, was festgehalten zu werden verdient. Die «Neue Zeit» findet also die Einrichtung von Zentralen, die als legale Vereinigungen oder als Pressestellen getarnt sind, anprangerungswürdig. Man muss sich das jetzt schon für den nächsten Fall merken, der dann vielleicht nicht mehr «Hsinhua», sondern beispielsweise die sowjetische Agentur «Nowosti»

betrifft. Sodann lässt die «Neue Zeit» Polizeikommuniqués kapitalistischer Staaten als unbestrittene Tatsachendarstellung gelten. Man soll dieses schöne sowjetische Zeugnis für die Glaubhaftigkeit unserer Institutionen der Staatsgewalt gut im Gedächtnis behalten; dergleichen lässt sich auch bei anderer Gelegenheit einmal brauchen. (Uebrigens hat gegenwärtig in der ganzen sowjetischen Berichterstattung die Methode Hochkonjunktur, in Sachen China westliche Darstellungen als authentische Beweise auszuspielen.)

Und schliesslich ist doch die angeblich chinesisch-westliche Verschwörung gegen die UdSSR das grosse sowjetische Aktualitätsthema. Wie kommen die Chinesen dann eigentlich dazu, gegen ihre Mitverschwörer soviel Subversion zu treiben? Gegenwärtig warnt Moskau den Westen einerseits vor den bösen Chinesen und beschuldigt ihn andererseits gleichzeitig der Komplizenschaft mit Peking. Na ja, es könnte natürlich auch betrogene Komplizen geben. Nett, dass uns das eine kommunistische Grossmacht in Erinnerung ruft. *cb*

## In Kürze

Laut Feststellung der sowjetischen Lenin-Forschung hat W. I. Lenin insgesamt 130 Pseudonyme benutzt, mit denen er die verschiedensten Publikationen unterzeichnete. Bis jetzt hatte man anscheinend nur 96 gekannt. Darüber hinaus führte Wladimir Iljitsch Uljanow, wie Lenins bürgerlicher Name lautete, vor 1917 noch weitere Decknamen, wie Konstantin Petrowitsch Iwanow, Doktor Jordanow oder Iwan Iwanowitsch.

## Aus dem SOI

Fast jeden Tag rief eine wohlvertraute Stimme das SOI an. Der Anrufer hatte immer dieselbe stereotype Frage: «Was gibt es Neues in Ungarn?» Der Mann, der so sehr am Schicksal dieses Landes Anteil nahm, läutet uns nicht mehr an. Ernő Halasz, der auch in den meisten Schweizer Zeitungsredaktionen bekannte ungarische Journalist, lebt nicht mehr. Sein Schicksal war typisch für nicht wenige osteuropäische Presseleute. Er redigierte in den Vorkriegsjahren das Organ der Sozialdemokratischen Partei Ungarns die «Nepszava», und kam nach der nationalsozialistischen Besetzung des Landes im März 1944 mit seiner Frau in ein Konzentrationslager. Seine Frau starb an den Leiden im KZ, Halasz überlebte es. Nach dem Zweiten Weltkrieg glaubte auch er an eine demokratische Entfaltung in seiner Heimat. Er bekleidete wichtige Posten im Informationsministerium und wurde schliesslich zum Presseattaché in Bern ernannt. Als 1948 in Ungarn die Kommunisten mit Hilfe der Sowjetarmee die Macht erobert hatten, blieb Halasz der sein Leben lang für Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpfte, sich selber treu. Er schlug nach der braunen auch die rote Hand aus. Er dankte von seinem Posten ab und wählte lieber das bittere Brot eines Emigranten. Hier in der Schweiz, fand er eine neue Heimat und immer genug Freunde unter den Redaktoren die seine fachmännische Kommentare über Ungarn schätzten. Ernő Halasz ruft das SOI nicht mehr an. Aber wir vergessen ihn nicht, denn er hat sich nicht nur um sein Land, sondern auch um die unzerstörbare Idee der Freiheit verdient gemacht. *Michael Csizmas*